Der „Briesetal-Bote" erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 M. zuzüglich Bestellgebühr. Die einzelne Nummer kostet 10 Pfennig.

Briesetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhofs-Allee 5 und von allen Anzeigen-Expeditionen angenommen. Die neungespaltene Petitzeile kostet 25 Pfennig, die Reklamezeile 1 Mark.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe

für ehem. Hofjagdrevier, Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgegend

Fernsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5

Telegr.: Briesetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 153. | Postscheckkonto: Berlin 62448. | Dienstag, den 29. September 1925 | Postscheckkonto: Berlin 62448. | 24 Jahrg.

Hohen Neuendorf

Der Gemeindevorsteher macht bekannt:

Gemeinde-Vertreter-Sitzung.

Am Montag, den 28. September d. Js., nachmittags 7 Uhr, findet im Sitzungssaale, Berliner Straße 39, eine

Sitzung der Gemeinde-Vertretung

statt.

Die Herren Schöffen und Gemeindeverordneten werden hierzu mit dem Bemerken ergebenst eingeladen, daß die Nichtanwesenden sich den gefaßten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

Tagesordnung:

A. Oeffentlich.

1. Ersatzwahl für Gärtner Wilhelm Pankuin in die Baukommission
B. Nichtöffentlich.
2. Austausch der ehemaligen Schulwiese.
3. Darlehnssache.
4. Beschluß zu dem Straßenprojekt Schönfließer- und Bahnstraße.

Wählerlisten

für die Neuwahlen zum Provinziallandtag und zum Kreistag am 29. November 1925 liegen vom 26. September bis einschließlich 3. Oktober 1925 während der Zeit von vorm. 8 Uhr bis mittags 12 Uhr im Gemeindebüro — Zimmer 7 — zu jedermanns Einsicht aus.

Wer die Wählerlisten für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum Ablauf der Auslegungsfrist im Gemeindebüro schriftlich anzeigen oder zur Niederschrift geben. Soweit die Richtigkeit seiner Behauptungen nicht offenkundig ist, hat er für sie Beweismittel beizubringen.

Was gibt es Neues?

— Die deutsche Antwort auf die Einladung der Alliierten zu einer neuen Konferenz in der Sicherheitsfrage ist abgegangen. Ihre Veröffentlichung erfolgt voraussichtlich am Dienstag.

— Eine frühere Einberufung des Reichstags ist nach Rücksprache im Auswärtigen Ausschuß vorläufig nicht beabsichtigt.

— Im Berliner Pfandbriefprozeß beantragte der Staatsanwalt bei der Vernehmung v. Etzdorffs die sofortige Verhaftung des Direktors Lüders wegen dringenden Verdachtes passiver Beamtenbestechung.

— Das amerikanische Unterseeboot S. 51 ist infolge eines Zusammenstoßes gesunken. 37 Mann der Besatzung ertranken.

„Sehr weitgehende Vorbehalte."

Noch keine Verhandlungsbereitschaft zum 5. Oktober?

Eine Londoner Meldung besagt, die an sich kurz gehaltene deutsche Antwortnote, die lediglich die Annahme der Einladung zur Konferenz enthalte, übergehe aus naheliegender Ursache die schwierigen Vorfragen, die Deutschland auf der Konferenz zur Sprache zu bringen habe.

Der deutsche Botschafter habe jedoch Weisung erhalten, auf sie mündlich in ausführlichem Maße hinzuweisen. Er habe das auch ausgeführt und sich mit Chamberlain des längeren über

die Frage der Räumung Kölns, der Schiedsgerichte und die sonstigen wichtigen Punkte

unterhalten, wobei er die Annahme „sehr weitgehender Vorbehalte" verbunden habe.

Als der deutsche Botschafter nach geraumer Zeit das Ministerium verließ, erschien der französische Botschafter bei Chamberlain. Nach dessen Weggange sei dann halbamtlich die Mitteilung ausgegeben worden, der Zeitpunkt der Konferenz sei noch nicht gesichert.

Daraus wird in politischen Kreisen die Schlußfolgerung gezogen, daß der englische Außenminister entweder von den „Vorbehalten" des deutschen Botschafters „nicht sehr entzückt" war, oder aber sie mit dem französischen Botschafter durchgesprochen und dieser ihn nun veranlaßt hat, zu erklären, man dürfte am 5. Oktober aller Vermutung nach noch nicht verhandlungsbereit sein.

Der Schlußakt in Genf.

„Es gibt nicht mehr Sieger und Besiegte."

In Genf stellte der Vertreter Venezuelas den Antrag, im Jahre 1926 mit einem Wechsel in der Besetzung der nichtständigen Ratsplätze zu beginnen. In seinem Schlußwort dankte der Vorsitzende Dandurant der Schweiz für ihre Gastfreundschaft, ferner dem Generalsekretär des Völkerbundes und seinen Mitarbeitern.

Er gab einen Ueberblick über die Tätigkeit des Völkerbundes während des letzten Jahres, die in der Vollversammlung ihren Abschluß fand. Wenn die

heikle Frage des Schutzes der Minderheiten

zu keinem bestimmten Ergebnis geführt habe, so sei sie doch Gegenstand lebhafter Debatten gewesen. Aus ihnen sei hervorgegangen, daß der Völkerbundsrat mit peinlicher Gewissenhaftigkeit die schwierige Aufgabe zu lösen gesucht habe, die ihm die Versammlung übertragen habe, indem sie die Interessen der nationalen Minderheiten unter seinen Schutz stellte. Er schloß mit den Worten des Apostels Paulus: „Es gibt nicht mehr Sieger und Besiegte, es gibt nicht mehr Unterdrücker und Unterdrückte, denn Ihr seid alle eins in Gerechtigkeit und in Frieden."

Der Berliner Sensationsprozeß.

Die Kredite der Landespfandbriefanstalt.

Seit etwa 8 Tagen wird in Berlin-Moabit der große Prozeß gegen den Direktor der Landespfandbriefanstalt Nehring verhandelt, der schon ähnlich, wie der Barmat-Skandal, durch den parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages Monate lang die deutsche Oeffentlichkeit beschäftigte. Nachdem die beiden Direktoren Geheimrat Nehring und Lüders vor dem ordentlichen Strafrichter eingehend vernommen worden sind, wendet sich nun der Prozeß dem interessantesten Angeklagten

von Etzdorff

zu. v. Etzdorff gab an, daß er zu der fraglichen Zeit Filialangestellter der Diskonto-Gesellschaft mit einem Monatsgehalt von 4—500 Goldmark gewesen sei. Um sich Geld zu besorgen habe er sich zunächst mit von Karstädt und v. Carlowitz in Verbindung gesetzt, weiter mit v. Zitzewitz, dem Schwiegervater des v. Carlowitz. Zitzewitz suchte damals eine größere Hypothek auf seine Güter. Durch den Syndikus Dr. Schultze vom Landburd seien sie auf den englischen Kredit für Großgrundbesitzer hingewiesen worden. Auf Grund dieser Mitteilungen sollte für die Güter des von Zitzewitz eine Hypothek von 1 Million angefordert werden. Es kam uns darauf an, führte Etzdorf aus, einen Mann zu finden, der den Zwischenkredit hergab bis die Hypothek bei v. Zitzewitz eingegangen war. Für diesen Zwischenkredit wurde durch die Direktoren Nehring und Lüders die Landespfandbriefanstalt engagiert. So kam die **berüchtigte Londoner Reise zu stande,** für die von der Landespfandbriefanstalt als Hypothekenkredit für v. Zitzewitz 50 000 M. gefordert wurde. Auf 30 000 M. handelte man herunter, und von dieser Summe nahm als Verdienst Direktor Fleischmann 15 000 M. Karstädt und Carlowitz auch etwa 15 000 M. Etwas hohe Londoner Reisespesen, zu denen Etzdorff zynisch erklärte: „Ich habe auch diese Beträge für zu hoch gehalten und kann sie nicht verantworten. Ich nehme an, Fleischmann hatte die Verteilung im allgemeinen Interesse von uns vorgenommen."

Die Preissenkung.

Die Zustimmung der Länder.

In der Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder wurden neben der Sicherheitsfrage auch die Maßnahmen der Reichsregierung zur Preissenkung beraten. Der Reichskanzler wies auf die zwingende Notwendigkeit einer weiteren Senkung der Preise hin. Die Maßnahmen, die von der Reichsregierung in nächster Zeit noch durchgeführt werden sollen, wurden mitgeteilt und fanden die einmütige Zustimmung der Staats- und Ministerpräsidenten, die der Reichsregierung ihre umfassende Unterstützung zusagten. Die Regierungen werden alle Mittel anwenden, um bestehende Mißstände zu beseitigen und die Wirtschaft von dem Druck einer ungesunden und unorganischen Preisbildung zu befreien.

Ferner fanden im Reichswirtschaftsministerium Verhandlungen mit Vertretern des Großhandels und der Markenartikelerzeuger statt, um eine Preissenkung für diese Waren zu erzielen. Bei dieser Besprechung waren vor allen Dingen Vertreter derjenigen Industrien beteiligt, die lebenswichtige Markenartikel, wie **Gerstenflocken, Margarine, Malzkaffee usw., herstellen.** In den nächsten Tagen werden erneute Verhandlungen mit den Banken stattfinden, um eine Herabsetzung der Provisionen und Bereitstellungsprovisionen zu erreichen.

*

Ermäßigung der Frachttarife für Lebensmittel.

Zur Unterstützung der Preissenkungsbestrebungen der Reichsregierung gewährt die Deutsche Reichsbahngesellschaft auf die derzeitigen Frachttarife für Lebensmittel vom 1. Oktober ab eine zehnprozentige Ermäßigung. Die Ermäßigung erstreckt sich auf Teigwaren, Suppenpräparate, frische Feld- und Gartenfrüchte, Seefische, Seemuscheln und dergleichen, Butter, Schmalz, Margarine, Fette und Oele, Käse, Oelfrüchte und Oelsaaten, Brot, Heringe und Breitlinge, (gesalzen), und Kartoffeln. Eine Herabsetzung der Viehtarife war bei der gegenwärtigen Tarifhöhe noch nicht möglich.

Ein neuer französischer Uebergriff.

Rheinlandkommission und Badischer Staatspräsident.

Amtlich wird aus Karlsruhe gemeldet:

„Staatspräsident Dr. Helpach hatte die Absicht, der Einladung der Stadtgemeinde Kehl und des Verkehrsvereins Kehls folgend, dem am Sonntag, den 27. September, in Kehl stattfindenden Heimatstag beizuwohnen. Die Verwirklichung der Absicht hat sich nunmehr zu dem lebhaftesten Bedauern des badischen Staatspräsidenten nicht ermöglichen lassen. Der Delegierte der internationalen Rheinlandoberkommission hat dem Landrat der Gemeinde Kehl gegenüber erklärt, er wünsche den Staatspräsidenten in Kehl zu sprechen. Er, der Delegierte, habe von der internationalen Rheinlandoberkommission den Auftrag, dem Staatspräsidenten zu eröffnen, daß eine Rede mit Anspielung auf politische Zustände auf das entrissene Gebiet, wie sie der Staatspräsident kürzlich beim Heimatstag in Karlsruhe gehalten habe, in Kehl nicht geduldet werden könne. Diesen Auftrag wolle er sich gegenüber dem Staatspräsidenten persönlich entledigen, und zwar bevor der Staatspräsident sich zu dem vorgesehenen Bankett begebe. Es ist erklärlich, daß sich der Staatspräsident einer derart unwürdigen Zurechtweisung und Zumutung nicht aussetzen kann. Die Bevölkerung des besetzten Gebietes sowie die Bevölkerung des gesamten Landes Baden wird es danach verstehen, wenn der Staatspräsident seine Absicht, an dem Heimattage teilzunehmen, aufgeben mußte."

Diese neueste Unverfrorenheit der Rheinlandkommission steht in einem recht beachtenswerten Gegensatz zu den Friedensfchalmeien, die in den Tagen der Sicherheitsverhandlungen vom Seinestrand nach Berlin herüberklingen, ein Gegensatz, der hoffentlich in Deutschland richtig gewürdigt werden wird.

In Prag versteht man Deutsch.

Ein Beitrag zur tschechischen Deutschenhetze.

Der tschechische Aeroklub lud in allen tschechischen Blättern zu dem Vortrage Amundsens über seine Nordpolexpedition ein und fügte wörtlich hinzu: „Da Amundsen ein gebürtiger Norweger ist und außer seiner Landessprache nur deutsch und englisch beherrscht, haben sich die Veranstalter entschlossen, den Vortrag in deutscher Sprache halten zu lassen, da diese von den meisten Besuchern verstanden wird."

Das ist angesichts des rigorosen Vorgehens der Tschechen gegen alles Deutsche, besonders gegen die deutschen Schulen, höchst interessant. Wenn in Prag alle deutsch verstehen — was allerdings nicht zu bestreiten ist —, so ist es aber höchst eigenartig, daß in der Tschechei alle deutschen Schulen zugunsten der tschechischen verschwinden müssen. Im Völkerbundsvertrag, dem Heiligtum der neugegründeten Staaten nach 1918, steht doch so etwas von einem Rechte der Minderheiten. In Polen und der Tschechei scheinen aber diese Bestimmungen keine Gültigkeit zu haben.

Die Wohnungsfrage.

— Berlin, 26. September 1925.

Aus dem Preußischen Landtag.

Der Preußische Landtag sprach zunächst **bei der gesetzlichen Aufwertung von Hypotheken und sonstigen Grundstücksbelastungen die Gebührenfreiheit für die Grundbucheintragungen aus.** Sodann setzte das Haus die Beratungen des Wohlfahrtshaushalts bei dem

Wohnungs- und Siedlungswesen.

fort. Abg. Bergmann (Zentr.) forderte ein Bauprogramm auf längere Sicht. Ohne die Hauszinssteuer würde der Baumarkt zum Erliegen kommen. So unsozial die Steuer sei, für absehbare Zeit sei sie unentbehrlich. Zu begrüßen sei die Hinausschiebung weiterer Mieterhöhungen, um die Preissenkungsaktion nicht zu stören. Eine gänzliche Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft sei noch nicht an der Zeit. Abg. Meyer-Solingen (Soz.) forderte Beseitigung der Hauszinssteuer und ihre Ersetzung durch eine Wohnungsbauabgabe nach sozialen Gesichtspunkten mit einer gerechten Verteilung in allen Teilen des Landes. Die Grundsätze für die Beamtenwohnungsfürsorge müßten nachgeprüft werden. Bedauerlicherweise sei der Mieterschutz im letzten Jahre erheblich abgebaut worden.

Abg. Howe (D. Nat.): Der wertvollste Teil des deutschen Hausbesitzes sei für Spottpreise in die Hände von Ausländern übergegangen. Bauhandwerker und Bauarbeiter seien aus ihren Berufen herausgedrängt worden. Die Ueberzeugung, daß die heutige Wohnungszwangswirtschaft nicht länger aufrechterhalten werden kann, setzt sich immer allgemeiner durch. Planloses Darauflosbauen sei ebensowenig statthaft wie stumpfsinniges Gewährenlassen. Der Wohnungs-